

Pressemitteilung 03/2010

zum FDP Vorstoß zur Zeitarbeit

Gesetzliche Lohngleichheit in der Zeitarbeit bereits nach drei Monaten?

(Berlin, 14.07.2010) Die FDP will Gerechtigkeitslücke in der Zeitarbeit schließen und bereits nach 3 Monaten Lohngleichheit mit den Stammbeschafteten herstellen. „Das reißt neue Gerechtigkeitslücken auf“, warnt Arnd Schumacher, ein Berliner Zeitarbeitsunternehmer. „Arbeit die nicht stattfindet, ist noch ungerechter. Der Mehrwert der Zeitarbeit wird eindeutig unterschätzt“

Die aktuelle Forderung, bereits nach **drei Monaten** die Gehälter der Stammbeschafteten zu zahlen, hält Arnd Schumacher für „falsch, weil sie sichere Arbeitsplätze gefährdet. Der Zeitpunkt ist eindeutig zu früh angesetzt.“

Schumacher führt mehrere Gründe an:

- Zeitarbeit würde durch die schnelle Angleichung viel zu früh wesentlich teurer. Arbeit, die nicht stattfindet, weil sie zu teuer ist, sieht Arnd Schumacher als größte Gerechtigkeitslücke.
- Berufsein- und Wiedereinsteiger hätten nicht die Gelegenheit, über einen längeren Zeitraum ihre Fähigkeiten zu beweisen.
- Zeitarbeit ist im unqualifizierten Bereich der einzige funktionierende Niedriglohnsektor. Ungelernte hätten keine anderen Chancen. Dieser Effekt ist in Frankreich mit hoher Jugendarbeitslosigkeit verbunden.
- Im hochqualifizierten Bereich, z.B. dem Ingenieurwesen, reichen 3 Monate der Zeitarbeit bei Weitem nicht aus, um das Niveau der Belegschaften zu erreichen.
- Zeitarbeit ist eine eigenständige Branche, die als zusätzliche Lohnart die Bezahlung bei Nichteinsätzen anwendet. Allein diese Lohnart rechtfertigt eigene Tarife. Das bestehende Tarifwerk der Zeitarbeit würde nach der Übernahme anderer Tarife faktisch außer Kraft gesetzt werden
- Der Zeitarbeitnehmer würde nach sehr kurzer Zeit vollkommen ungerechtfertigt den Tarifunterschieden der unterschiedlichen Branchen ausgesetzt sein und im schlechtesten Fall mit jedem weiteren Einsatz weniger verdienen.

„Richtig ist“, sagt Arnd Schumacher, „dass es tatsächlich Gerechtigkeitslücken in der Zeitarbeit gibt.“ Es ist kaum zu vermitteln, warum, nach 24 Monaten am gleichen Arbeitsplatz unterschiedliche Gehälter gezahlt werden sollen. „Hier wäre die richtige Lösung, etwa 12-18 Monate als Zeitrahmen gesetzlich vor zu schreiben.“

„Richtig ist“, sagt Arnd Schumacher, „dass konzerninterne (Bahn/VW/Telekom) Zeitarbeit als Scheinzeitarbeit ungerecht ist, weil im eigenen Unternehmen mit zweierlei Maß gemessen, bezahlt und das fundamentierte wird. Diese Scheinzeitarbeit hat aber nichts mit regulärer Zeitarbeit zu tun, sondern ist eine Mogelpackung. Hier wäre die richtige Lösung, diese unechte Zeitarbeit sofort mit dem Lohnleichheitsgrundsatz zu versehen.“ „Oder, sie unterliegt ihren eigenen Gesetzen“ sagt der Zeitarbeitsunternehmer.

Für Populisten ist die Diskussion um den Lohngleichheitsgrundsatz ein willkommenes Betätigungsfeld. So sprechen die Gegner der Zeitarbeit jegliche Wertschöpfung ab. „Flexibilität der Branche wird als Flexibilität in Sachen Arbeitnehmerrechte uminterpretiert“, sagt Arnd Schumacher. „Damit lässt es sich in der Öffentlichkeit sehr gut punkten.“

Die Wertschöpfung der regulären Zeitarbeit für die Deutsche Volkswirtschaft beschreibt Arnd Schumacher damit, dass sie ein Jobmotor und Flexibilitätsventil für die Wirtschaft ist, insbesondere, weil,

- sie der einzige funktionierende Niedriglohnsektor für (wohlgemerkt) unqualifizierte Arbeitnehmer ist,
- sie im Mittellohnsektor Beschleuniger und Arbeitskräftereservoir im qualifizierten Bereich ist,
- der überwiegende Anteil der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer vorher arbeitslos war und häufig keine Alternativen hatte.
- die Sozialkassen entlastet werden und neue sozialversicherungspflichtige Arbeit entsteht.
- die Brückenfunktion der Zeitarbeit Einstellungsschwellen unterschiedlichster Art im Arbeitsprozess überwindet,
- die Arbeitskulturen durch Durchmischung der Belegschaften auf höheres Niveau bringt,
- Rekrutierungsspezialisten den Arbeits-Markt abscannen und "aufwirbeln", in dem sie ihn aktivieren

Hintergrund:

Die Rot-Grüne Koalition hatte im Rahmen der Hartzgesetzgebung eine unbegrenzte Überlassungsdauer in der Zeitarbeit eingeführt. Die Abweichung vom Lohngleichheitsgrundsatz zu den Stammbeschaften wurde durch Superminister Clement mittels einer Tariföffnungsklausel ermöglicht. In der damaligen Eile war der rot-grünen Koalition ein Fehler unterlaufen: Konzerninterne Zeitarbeit, also der Verleih an sich selbst, wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen und somit gesetzeskonform möglich. „So schmoren bis heute viele zehntausend Arbeitnehmer in Dauerzeitarbeitseinsätzen, ohne die für die Zeitarbeit typische Chance auf Übernahmemöglichkeit“, sagt Arnd Schumacher. Diese Gerechtigkeitslücke versucht die FDP nun zu schließen, ohne die reguläre Zeitarbeit abwürgen zu wollen.

Zu S&W Personaldienstleistungen:

S&W Personaldienstleistungen vermittelt seit 1996 kaufmännische und auch medizinische Fachkräfte an die Berliner Unternehmen. Zwischen 120 und 150 Mitarbeiter sind beim Unternehmen tariflich entlohnt angestellt. Etwa 8-12 Mitarbeiter werden pro Monat durch Kunden übernommen. Die Übernahmequote zu den Kunden liegt bei über 80 Prozent. Das inhabergeführte Unternehmen gehört zu den typischen, mittelständisch geprägten Zeitarbeitsunternehmen. Diese machen über 80 Prozent der Branche aus und spiegeln so die ebenfalls mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur Deutschlands wider.

Kontakt:

S&W Personaldienstleistungen Arnd Schumacher, Charlottenstraße 17, 10117 Berlin
Ansprechpartner: Arnd Schumacher, schumacher@job-suw.de, www.job-suw.de,
030 86 09 84 10